

Josef Schmid

IfP, Melanchthonstr. 36, 07071-2974506; E-Mail:josef.schmid@uni-tuebingen.de;

Seminar Bildungspolitik

Wintersemester 2008/09; Zeit: 8.30 – 10.00 Uhr

Datum	Thema
17.10.2008	Aufbau und Ziel der Veranstaltung, Konditionen Vorstellung der Teilnehmer / Erwartungen
24.10.2008	Theorie 1a: Politikfeldanalyse (Zyklus, Determinanten, Policy-Transfer / Diffusion / Lernen)
31.10.2008	Theorie 1b: Intra- und Internationale Vergleiche von Bildungspolitik (Heidelberger Schule)
07.11.2008	entfällt
14.11.2008	Theorie 2: Bildungsökonomie und –soziologie (Kosten-Nutzen, Humankapital; Ungleichheit), Pädagogik
21.11.2008	Einführung in das Feld: Bildungspolitik in der BRD Phasen, Institutionen, Konflikte
28.11.2008 ???	Akteure und Strukturen 1: Bildungsföderalismus Bildungspolitik der Bundesländer
05.12.2008	Akteure und Strukturen 2: Parteien /-wettbewerb Innerparteiliche Willensbildung (in der CDU)
12.12.2008	Akteure und Strukturen 3: Verbände und Verwaltung, Eltern- und Schülerorganisationen, Studierendenvertretung
19.12.2008	Akteure und Strukturen 4: OECD / Pisa und EU Modell Finnland – Ein Erfolg
05.01.2009	letzter Ferientag: Kompaktphase
09.01.2009	Teilbereiche und Probleme 1: Vorschule /Kindergarten; Integration von Migranten
16.01.2009	Teilbereiche und Probleme 2: Schule (gegliedert); Gesamtschule / Streit
23.01.2009	Teilbereiche und Probleme 3: Hochschule, Bologna-Reformen, neue Steuerung und Studiengebühren
30.01.2009	Teilbereiche und Probleme 4: Berufliche Bildung, Weiterbildung und Employability
06.02.2009	Teilbereiche und Probleme 4: Körperbildung und Schulsport Sport und Gesundheit
13.02.2009	Abschlussdiskussion und Besprechung der Hausarbeitsthemen

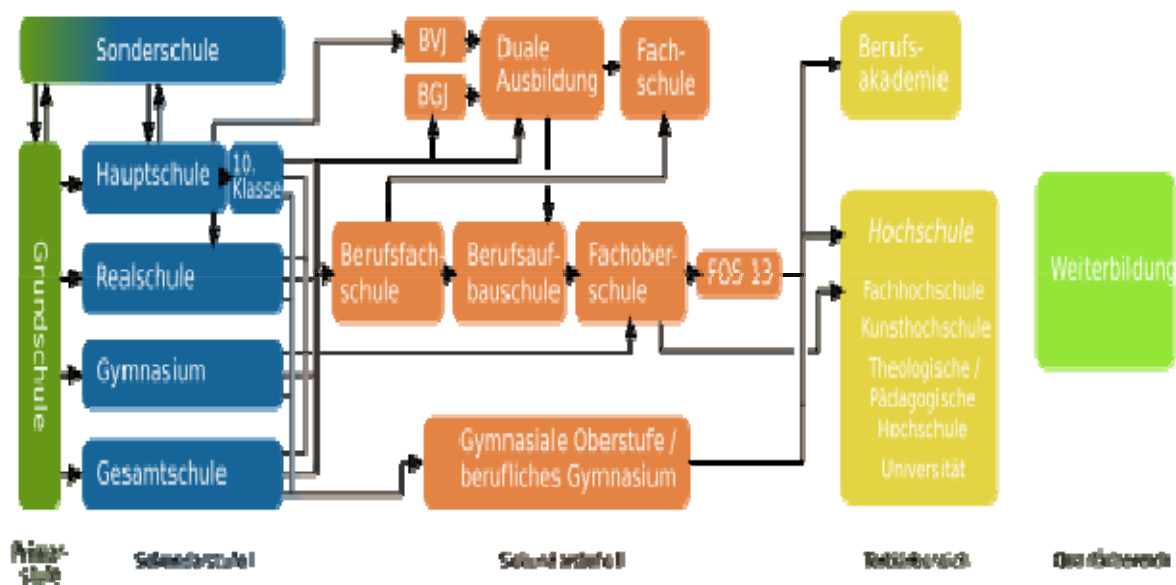
Bildungspolitik

Bildungspolitik umfasst alle politischen und verbandlichen (auch kirchlichen) Aktivitäten sowie die gesetzgeberischen Maßnahmen, die das Bildungswesen finanziell, organisatorisch und inhaltlich betreffen. (Quelle: Schubert, Klaus/Martina Klein: Das Politiklexikon. 3., aktual. Aufl. Bonn: Dietz 2003.)

s.a.: www.bpb.de/wissen/08248942695602626125480483349578.html

Gegenstand:

Das deutsche Bildungssystem ist vierstufig. Dem Bildungssystem wird bisher der Vorschulbereich nicht zugerechnet, wenn auch einige Ländergesetze dies bereits geändert haben. Nach dem Kindergarten/der Vorschulzeit beginnt der Bildungsweg mit der obligatorischen Grundschule. Die vier Stufen sind die Primarstufe, die Sekundarstufe I und Sekundarstufe II, der tertiäre und der quartäre Bereich, zu dem vorwiegend die Weiterbildungsangebote gehören, beispielsweise beruflicher Anbieter oder der Volkshochschule. Insofern begleitet das Bildungssystem den Menschen lebenslang.



Rahmenbedingungen:

Gemäß Grundgesetz ist die Bildungspolitik – d.h. die gesetzliche Regelung und die Verwaltung der Schulen und Hochschulen - die Sache der Bundesländer. Umgekehrt muss sich der Bund bei bildungspolitischen Fragen auf seine Rahmenkompetenzen beschränken, die vor allem im Hochschulbereich und in der Berufsausbildung liegen. Dies hat dazu geführt, dass sich die Schulsysteme in Deutschland teilweise stark zwischen den Bundesländern unterscheiden. Dem wird durch die regelmäßigen Kultusministerkonferenzen gegengesteuert. Neben der Kultusministerkonferenz dient

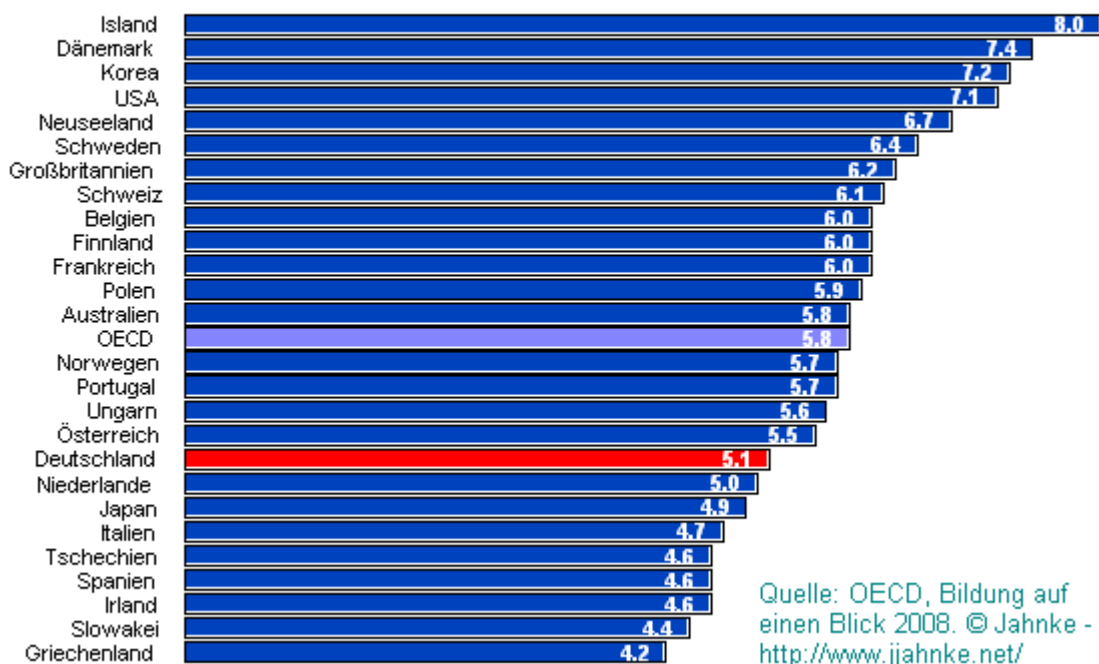
auch die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung der Koordination der Bildungspolitiken der 16 Bundesländer.

Zu den (relativ) vereinheitlichten Sachverhalten gehören unter anderem die Dauer der Schulferien und ihre Terminierung sowie die Aufteilung eines Schuljahres. Unterschiede gibt es allerdings bezüglich der Lehrpläne, Abschlussprüfungen am Gymnasium, der Anzahl von Schuljahren (12 oder 13 Jahre), dem Fächerangebot, den Schultypen (v.a. Gesamtschule, früher kirchliche und neuerdings private Schulen) und beim Übergang von der Grundschule in eine weiterführende Schule (d.h. Orientierungsstufe).

Ähnlich sieht es bei den Hochschulen aus: Unterschiede gibt es hier insbesondere bezüglich der Finanzierung und möglicher Studiengebühren. In diesem Bereich wurden Versuche des Bundes, sich in die Bildungshoheit der Länder einzumischen, in den vergangenen Jahren nicht zuletzt vom Bundesverfassungsgericht untersagt (siehe z.B. Juniorprofessur). Umstritten ist auch, welche Rolle die Europäische Union und ihre Organe in Fragen der Bildungspolitik einnehmen dürfen und wie auf internationaler Ebene angesiedelte Abkommen (z.B. im Europarat) bzw. Absprachen (z.B. durch den Bologna-Prozess) auf die Politik der Länder zurückwirken.

Auffällig ist im internationalen Vergleich das mäßige Ausgabenniveau für dieses Politikfeld:

13004: Ausgaben für Bildung in % BIP 2005



Akteure im Bildungswesen

In Deutschland sind drei Gruppen von Akteuren im Bildungswesen aktiv. Die Schüler und Studenten als die wichtigste Betroffenen-/Adressatengruppe haben aufgrund ihres Alters und Status nur am Rande Einfluss.

- Der Staat tritt in Form von Bund, Ländern, Kommunen und Gremien des kooperativen Föderalismus (Kultusministerkonferenz KMK, Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz GWK) in Aktion.

- Als Organisationen, die Machtverteilung und Personal bestimmen, kommt den Parteien eine wichtige Rolle zu
- Einige staatliche Gremien zur Politikberatung, wie der Wissenschaftsrat oder bis 1975 der Bildungsrat, wirken mit.
- Auf nichtstaatlicher Ebene existieren vor allem Interessenvertretungen verschiedener Beteiligter am Bildungswesen:
 - die Universitäten (Hochschulrektorenkonferenz HRK);
 - die Interessenverbände der Wirtschaft und des Handwerks (Institut der deutschen Wirtschaft),
 - die Lehrerfachverbände und Gewerkschaften (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW, DGB), Deutscher Lehrerverband)
 - weitere Organisationen freier Schulen und anderer Bildungsträger (Bundesverband Deutscher Privatschulen, Bund freier Waldorfschulen, Bundesverband der freien Alternativschulen,(BFAS), Deutsches Institut für Erwachsenenbildung).

Quellen

<http://www.eurydice.org/>

<http://www.bildungserver.de/zeigen.html?seite=506>

Einführende /Überblicksliteratur

Andersen, Uwe u.a. (Hg.) (2002.): Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Schwalbach

Fuchs, Hans-Werner / Reuter, Lutz R. (2000): Bildungspolitik in Deutschland. Entwicklungen, Probleme, Reformbedarf. Opladen.

Hepp, G. F. (2006). Bildungspolitik als Länderpolitik, in: H. Schneider /H.-G. Wehling.(Hg.), Landespolitik in Deutschland. Grundlagen -Strukturen- Arbeitsfelder. Wiesbaden, S. 240-269.

Schmidt, Manfred G. (2002). "Warum Mittelmaß? Deutschlands Bildungsausgaben im internationalen Vergleich." Politische Vierteljahresschrift 43: 3-19.

Thränhardt, D. (1990). Bildungspolitik, in: K. von Beyme / M. G. Schmidt (Hg.): Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen, S. 177-202.

Wolf, Frieder 2005: Die Bildungsausgaben der Bundesländer im Vergleich, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik, Jg. 54, H. 4, S. 411-423.

Wolf, Frieder 2006a: Die Bildungsausgaben der Bundesländer im Vergleich. Welche Faktoren erklären ihre beträchtliche Variation? Münster.

Wolf, Frieder 2006b: Bildungspolitik. Föderale Vielfalt und gesamtstaatliche Vermittlung, in: Schmidt, Manfred G./ Zohlnhöfer, Reimut (Hg.), Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Innen- und Außenpolitik seit 1949, Wiesbaden, S. 221-242

Konditionen des Scheinerwerbs:

- Regelmäßige Teilnahme
- Referat mit PPT oder Thesenpapier
- Hausarbeit (bis 31.März)